

Übergang Schule – Beruf OloV schafft Standards – die Regionen schaffen Qualität

Tagung am 21.02.2008
in der Jahrhunderthalle Höchst, Pfaffenwiese, 65929 Frankfurt am Main

Die Umsetzung der Qualitätsstandards im regionalen Zusammenhang Forum 1: Berufsorientierung



Podiumsteilnehmer:

- Heidrun Bechtel, Staatliches Schulamt für den Landkreis Groß-Gerau und den Main-Taunus-Kreis
- Inge Meichsner, Berufliche Schulen Berta Jourdan
- Walter Schmidt, InfraServ GmbH & Co. Wiesbaden KG
- Bernd Schäfer, Gesamtschule Melsungen
- Bernhard Kersten, Stadt Wiesbaden
- Kerstin Geis, Landeselternbeirat Hessen
- Michael Müller-Puhlmann, Hessisches Sozialministerium
- Klaus Beier, Hessisches Kultusministerium
- Christa Weidt-Klaes, Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen

Moderation:

- Ralph Kersten, INBAS GmbH

Beteiligung der Erziehungsberechtigten am Berufsorientierungs-Prozess

Ralph Kersten wandte sich mit der Frage an Bernhard Kersten und Kerstin Geis, wie sich eine verstärkte Einbindung der Eltern in den Berufsorientierungsprozess ihrer Söhne und Töchter erreichen lasse.



Moderator Ralph Kersten

- **Kerstin Geis** führte aus, dass eines der zentralen Probleme, warum Eltern – und zwar gerade Eltern von so genannten Problemkindern – sich häufig aus diesem Prozess zurückzögen, die Top-Down-Kommunikation sei, die sie in der Schule häufig erlebten. Sie empfänden den Kontakt mit den Lehrer/innen nicht als vertrauensvoll und partnerschaftlich, sondern hätten häufig das Gefühl unterschwelliger Vorwürfe.

- **Bernhard Kersten** ergänzte aus Sicht der Schulsozialarbeit, dass Elternabende häufig kaum Resonanz fänden. Deswegen sei es wichtig, Eltern individueller anzusprechen und einzubinden. Er erläuterte, dass es sich in Wiesbaden bewährt habe, im Anschluss an Kompetenzfeststellungen ein Gespräch mit Klassenlehrer, Schulsozialarbeiter und Eltern des Schülers oder der Schülerin zu führen, in das alle Seiten ihre Kenntnis über den Schüler oder die Schülerin einbringen können.
- **Bernd Schäfer** schloss sich dieser Darstellung an. Als positiv habe es sich zudem schon oft erwiesen, zu Elternabenden nicht in die Schule, sondern an einen neutralen Ort einzuladen.

Die Einbeziehung externer Partner in den Prozess der Berufsorientierung

An dieser Stelle schloss **Herr R. Kersten** die Frage an, wie wichtig ganz generell die Einbeziehung externer Partner in den Berufsorientierungsprozess der Jugendlichen sei.

- Hierzu konnte **Herr Schäfer** berichten, dass diese in mehrfacher Hinsicht von großer Bedeutung sei. So übernahmen externe Partner nicht nur die Umsetzung von Maßnahmen zur Berufsorientierung, die im Rahmen des normalen Lehrbetriebes gar nicht durchführbar seien, sondern sie weckten auch das Interesse der Schüler/innen für Fragen, mit denen diese sich bisher nicht auseinandergesetzt hätten. Beispielsweise gebe es auf dem Schulgelände der Gesamtschule Melsungen eine Niederlassung einer Kompetenz-Agentur, deren Beratungsangebot inzwischen sehr gefragt sei.
- **Herr R. Kersten** warf ein, dass Beratung offenbar gefragter sei denn je. Gleichzeitig seien jedoch bei der Arbeitsagentur just im Bereich der Beratung zahlreiche Stellen gestrichen worden.
- Dem musste **Christa Weidt-Klaes** zustimmen. Sie wies zugleich darauf hin, dass sich die Probleme der Jugendlichen in den vergangenen Jahren stark verändert hätten. Dies habe dazu geführt, dass die derzeitige Form der Berufsberatung weder quantitativ noch qualitativ geeignet sei, die neuen Problemlagen zu bewältigen. Hierzu bedürfe es individuellerer Betreuung.

Die Einbindung von Betrieben in den Prozess der Berufsorientierung

Wenn vom Übergang Schule-Beruf gesprochen werde, so führte **Herr R. Kersten** aus, dürfe man nicht vergessen, dass auch die Betriebe darin eine zentrale Rolle spielen sollten und müssten. Aus Erfahrung wisse man, dass der Übergang in die Ausbildung besser funktioniere, je stärker Betriebe bereits in Maßnahmen zur Berufsorientierung eingebunden seien. Darum folgende Frage an die Diskutanten: Wie lässt sich eine möglichst große Nähe zwischen Unternehmen und Schulen realisieren.

- **Herr Schmidt** als Vertreter der betrieblichen Seite nahm dazu sogleich Stellung und erläuterte, dass ein fließender Übergang von der Schule ins Berufsleben auch im Interesse der Betriebe sei. Eine Ausbildung sei teuer und dies erst recht, wenn der Auszubildende sie nicht abschließe – sei es, weil sie seinen Vorstellungen nicht entspreche oder weil er die Anforderungen nicht erfülle. Deswegen biete sein Unternehmen in Kooperation mit den Schulen Maßnahmen an, die sowohl Wissen als auch Kompetenzen vermitteln, die im Berufsleben von Nöten seien. Dies habe den Vorteil, dass man potenzielle Auszubildende schon in der Schule kennenlernen könne. Zudem habe man guten Kontakt zu den Lehrern, die die Schüler zum Teil bereits über Jahre kennen.

Die Kooperation von allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen

Im Anschluss ging es nun um die Frage, wie eine möglichst enge Kooperation von allgemein- und berufsbildenden Schulen gewährleistet werden kann. **Herr R. Kersten** betonte, solch eine Kooperation sei nicht zuletzt im Hinblick auf die im Rahmen von Kompetenzfeststellungen ermittelten Informationen und deren „Archivierung“ und Weitergabe nötig.

- **Inge Meichsner** erklärte, in Frankfurt habe man eine intensive Zusammenarbeit allgemein- und berufsbildender Schulen aufgebaut. So gebe es z. B. regelmäßige Koordinatorentreffen und am Schuljahresende so genannte Übergangskonferenzen, zu denen allgemein- und berufsbildende Schulen zusammenkämen und auf denen Schüler/innen tatsächlich „übergeben“ würden. Zudem habe man das, was man den Schülern im beruflichen Bereich vermittele, in so genannte Qualifizierungsbausteine gegossen. Die Schüler erhielten ein entsprechendes Zertifikat, das sich auch in ihrer Akte wiederfinde.
- Auch **Heidrun Bechtel** konnte von Bemühungen um schulübergreifende Kooperationen und regionale Bildungsprogramme in den Landkreisen Groß-Gerau und Main-Taunus berichten. Hier habe man im Rahmen von Arbeitsgruppen Strukturen geschaffen und Modalitäten entwickelt, die sicherstellten, dass Übergänge von einer Schulform in die andere unabhängig von Personen reibungslos funktionierten. Bechtel betonte, Standards, wie sie OloV festlege, seien in ihrem Schulamtsbezirk schon weitgehend umgesetzt.
- **Herr R. Kersten** und **Klaus Beier** wiesen an dieser Stelle darauf hin, dass OloV tatsächlich nichts Neues sei und auch nicht sein solle, sondern dass es vielmehr darum gehe, dass solche Standards nicht nur an einzelnen Schulen, sondern flächendeckend umgesetzt würden, und dies möglichst professionell.
- **Herr R. Kersten** hob zudem hervor, dass nicht nur der Übergang von allgemeinbildenden auf berufsbildende Schulen besser geregelt werden müsse, sondern dass es zentral sei, auch frühere Übergänge möglichst reibungslos zu gestalten. Über eine Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern ließe sich beispielsweise früh feststellen, welche Kinder Lese-Rechtschreibschwächen oder Dyskalkulie hätten, und eine entsprechende Förderung, die dann in der Schule fortgesetzt werden könne, in die Wege leiten.

Kompetenzvermittlung in der Schule

- **Frau Meichsel** erklärte, es sei im Interesse aller, wenn Schulen verstärkt kompetenzorientiert arbeiten dürften, d. h. Stärken stärken dürften und Jugendlichen damit den Einstieg in den Betrieb erleichtern könnten. Es sei allemal sinnvoller, Gelder an dieser Stelle einzusetzen, als sie in nachschulische Maßnahmen zu stecken. Leider gebe es offensichtlich rechtliche Schranken, die verhinderten, dass Mittel aus dem Übergangssystem für frühzeitigere Förderung umgeschichtet werden können.
- **Herr Beier** gab ihr in dieser Hinsicht recht – die Arbeitsagenturen seien nur für bestimmte Bereiche zuständig und könnten ihr Geld nicht in Frühförderung investieren. Allerdings seien die Arbeitsagenturen für die Berufsorientierung zuständig und es seien hier definitiv Spielräume vorhanden, z. B. für Schulsozialarbeit.
- Hier widersprach **Frau Weidt-Klaes**: Von den Arbeitsagenturen könne nur gefördert werden, was in irgendeiner Weise mit der Berufswahl von Jugendlichen zusammenhänge. Da passe Vieles darunter, aber einiges auch nicht. Auf Dauer von diesen Geldern einen Schulsozialpädagogen zu finanzieren, sei im Prinzip unmöglich.
- **Herr B. Kersten** mahnte, die Entwicklung von Qualitätsstandards sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, allerdings müsse nun auch Geld in die Hand genommen werden, um ihre Umsetzung zu gewährleisten. Kompetenzfeststellungen seien vergleichsweise einfach durchzuführen und brächten auch differenzierte Erkenntnisse, sie seien jedoch nur hilfreich, wenn dann Defizite, die festgestellt würden, auch im Rahmen von Maßnahmen behoben würden. „Und das kostet auch Geld, das muss man sich klarmachen“.
- Auch **Frau Geis** machte sich für die Schulsozialarbeit stark – an der Schule ihrer Kinder gewährleiste diese, dass kein Kind die Schule ohne Abschluss verlasse.
- **Herr Schäfer** schilderte, dass seine Schule vor zehn Jahren eine Sozialarbeiterin eingestellt habe, die die Schule seitdem selbst bezahlt. Sie sei eine sehr wichtige Institution, vor allem, weil sie die ganz Schwachen begleite. Bedeutsam sei darüber hinaus die Arbeit der Arbeitscoachs, die u. a. Praktika betreuten. Er appelliere deswegen an die Ministerien, solche Leute verstärkt zu finanzieren.



Die kurzen Pausen nutzten die Teilnehmer zum Meinungsaustausch

- Als Vertreter des Kultusministeriums wies **Herr Beier** an dieser Stelle darauf hin, dass man sich bei der Einführung des Programms den Mund fusselig geredet habe, um Schulen zu finden, die einen Sozialarbeiter oder einen Arbeitscoach einstellen wollten.

Anschließend sprach er einen weiteren Aspekt an, nämlich den Zeitpunkt, wann mit der Berufsorientierung begonnen werden solle. In seinen Augen sollte dies bereits in der ersten Klasse geschehen.

- **Herr R. Kersten** rief nun in Erinnerung, dass die Jugendlichen in den Entscheidungsprozessen beruflicher Bildung im Mittelpunkt stünden. Deswegen müsse ein Mindestmaß an Selbstverantwortung in allen Förder- und Beratungsprozessen sichergestellt sein.
- Dazu muss es nach Ansicht von **Frau Meichsner** einen festen Ansprechpartner für die Jugendlichen geben, bei dem alle Informationen zusammenlaufen und der die Jugendlichen während des gesamten Berufsorientierungsprozesses informiere, berate, begleite und fördere.
- **Frau Bechtel** warb für ein anderes Verständnis von Schule. Es müsse langfristig mehr Ganztagschulen geben, in denen am Nachmittag Freizeitbeschäftigungen angeboten würden, die einen bestimmten Charakter hätten. Als Beispiel nannte sie die Einrichtung von Schülerfirmen, in denen Schüler/-innen sich in der Praxis erproben könnten. Sie habe die Erfahrung gemacht, dass gerade die Schwächsten sich in solchen Betrieben sehr engagierten und hervorragende Leistungen erbrächten. Sie würden dabei, ohne es zu merken, Kompetenzen erwerben, von denen sie später in ihrer beruflichen Ausbildung profitierten. „Alles was gewollt und gezielt Defizite aufsucht und nachher versucht, die auszugleichen, ist ungleich schwieriger, weil es auf Widerstand bei den Jugendlichen stößt.“ Dies in die Fläche zu bringen, erfordere allerdings eine Menge Geld.

Heidrun Bechtel, Staatliches Schulamt für den Landkreis Groß-Gerau und den Main-Taunus-Kreis (links) und Inge Meichsner, Berufliche Schulen Berta Jourdan



Informationen besser verbreiten

- Nach Auffassung von **Herrn Beier** kann OloV gelingen, wenn alle Beteiligten einen runden Tisch bildeten und die Ressourcen, die vorhanden seien, und die Kompetenzen, die die verschiedenen Akteure mitbrächten, sinnvoll bündelten. Es sei mehr Geld da als man denke, man müsse nur bessere Informationsflüsse gewährleisten.

- In dieser Hinsicht äußerte **Frau Geis** den Wunsch, auch die Eltern besser zu informieren – die zur Berufsorientierung zur Verfügung stehenden Maßnahmen seien „kolossal unübersichtlich“. Dies stelle für Eltern und Schüler gleichermaßen eine große Hürde dar.
- **Herr Beier** wies darauf hin, dass OloV genau deswegen Netzwerke ausbauen wolle. Nur so könne man sicherstellen, dass Lehrer/innen über die notwendigen Informationen verfügten, um ihren Schülern im Berufsorientierungsprozess zur Seite zu stehen und auch den Eltern Mittel an die Hand zu geben, um das Gleiche zu tun.
- **Frau Meichsner** erklärte, dass berufliche Schulen in Frankfurt z. B. einen Tag der offenen Tür anböten. Zudem gebe es Informationstage und an vielen Berufsschulen inzwischen offene Beratungssprechstunden, im Rahmen derer sich Schüler, aber auch Eltern, beraten lassen könnten.

Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze

An dieser Stelle intervenierte **Herr R. Kersten** und lenkte die Debatte auf die Frage, wie man insgesamt mehr Ausbildungsplätze schaffen könne.

- **Herr Schäfer** erläuterte, dies gehe nur über die IHKs und im ländlichen Raum gegebenenfalls auch über eine Direktansprache der Betriebe. Diese Ansprache von Kammern oder Betrieben erfolge im Idealfall über immer dieselbe Person, denselben Ansprechpartner.
- **Frau Meichsner** berichtete, ihre Schule arbeite mit vielen Betrieben eng zusammen. Der Kontakt zwischen Schule und Betrieben werde intensiv gepflegt, auch damit die Betriebe sich darauf verlassen können, dass die Schule sich kümmere, wenn ein Schüler Probleme im Betrieb hat. Dies erfordere allerdings ein starkes individuelles Engagement der Lehrkräfte vor Ort.

Praktika

- **Herr Schmidt** appellierte aus betrieblicher Sicht an die Schulen, bei der Festlegung ihrer Praxistage bzw. Blockpraktika etwas mehr Weitsicht walten zu lassen. Häufig würden die Termine nur danach ausgesucht, was gut in den schulischen Terminkalender passe. Dies führe dazu, dass alle Schulen zur gleichen Zeit ins Praktikum gingen. Dann dürfe man sich nicht wundern, wenn nicht alle Schüler/innen sinnvoll unterkommen.

Wichtig sei auch, dass die Jugendlichen das ganze breite Spektrum möglicher Berufe kennenlernten. Denn auf der einen Seite gebe es Schüler, die keinen Ausbildungsplatz fänden, auf der anderen Seite gebe es auch immer wieder Betriebe, die keine Lehrlinge fänden.

- **Herr Beier** schloss sich, was die Organisation der Betriebspraktika betrifft, Herrn Schmidt an und forderte die Schulen auf, hier langfristiger zu planen und sich besser abzustimmen. Die Schulämter könnten hier eine Koordinierungsfunktion übernehmen. Dabei könnten dann auch gleich Termine und Veranstaltungsorte für Ausbildungsmessen abgestimmt werden.

Abschlussrunde

Herr R. Kersten forderte in seiner Funktion als Moderator nun die Podiumsgäste dazu auf, reihum noch einmal ein Schlusswort zu sprechen und auszuführen, was sie sich an weiteren Entwicklungen wünschten.

- Den Anfang machte **Frau Weidt-Klaes**, die die Bitte äußerte, „mal einfach anzufangen und jeder in seinem Bezirk das Machbare zu machen“. Und dabei auch einmal selbstkritisch zu reflektieren, ob man dies bereits tue oder ob es nicht doch noch Ausbaupotenzial gebe.
- **Herr Beier** äußerte die Befürchtung, dass aufgrund des regionalen Fokus von OloV gewachsene, regionen-übergreifende Kooperationen leiden könnten. Er appellierte an alle Beteiligten, dies nicht zuzulassen, zumal Schüler regionale Grenzen nicht kennen würden.
- **Herr Müller-Puhmann** hob hervor, mit OloV sei nun auf administrativer Ebene ein Rahmen geschaffen worden – nun sei es an den Akteuren vor Ort, OloV umzusetzen. Die Ministerien würden jederzeit ihre Unterstützung in Form von Information und Beratung anbieten.
- **Frau Geis** bat darum, bei der Umsetzung von OloV in den Schulen die Schulleiternbeiräte mit auf den Weg zu nehmen. Diese seien wertvolle Multiplikatoren, die die Informationen in die Klassen trügen und für einen Austausch unter Eltern sorgten.
- **Herr B. Kersten** betonte, OloV sei ein Schritt in die richtige Richtung. Es brauche zwar den Einsatz weiterer Ressourcen, um die Qualitätsstandards effektiv umzusetzen, jedoch müssten diese nicht notwendigerweise finanzieller Art sein. Mehr Geld in die Hand zu nehmen lohne sich jedoch allemal – ansonsten gebe es später nur höhere gesellschaftliche Folgekosten.
- **Herr Schäfer** warb für enge Kooperationen von Schulen und Betrieben, bei denen in Verträgen auf Augenhöhe geklärt werde, wer welche Aufgaben und Pflichten habe. Er wies darauf hin, dass auch dies Ressourcen bringe, die für den Prozess der Berufsorientierung nur nützlich sein könnten.
- Für **Herrn Schmidt** ist es für den Erfolg von OloV zentral, die engagierten Leute, die es bereits gibt, zusammenzubringen.
- **Frau Meichsner** führte aus, OloV habe einen Rahmen für die vielen Einzelprojekte, die es bereits gebe, geschaffen. Bei der Fortentwicklung der Standards würde sie sich eine paritätische Einbindung beruflicher Schulen wünschen – dies sei im abgeschlossenen Prozess nicht der Fall gewesen und dadurch seien viele Ressourcen und Erfahrungen unberücksichtigt geblieben.
- **Frau Bechtel** sagte, sie hoffe, dass es so konstruktiv weitergehe, wie es begonnen habe.

Herr R. Kersten schloss die Debatte nun mit dem Hinweis, dass man erst ganz am Anfang stehe und deswegen für alle Anregungen aus der Praxis und für Feedback bezüglich der Erfahrungen bei der Umsetzung der OloV-Qualitätsstandards dankbar sei. Er äußerte die Hoffnung, dass man sich dann in zwei Jahren wiedersehe und bilanzieren könne, dass man den Großteil von dem, was man erreichen wollte auch erreicht habe.